

6 Reisewirtschaft unterstützen – Gerechter Lohn für harte Arbeit – endlich coronabedingte Umsatzeinbußen der kleinen Veranstalter und Provisionsverluste der Reisebüros ausgleichen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9788

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende AfD-Fraktion Herr Kollege Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Schönste für die Mitarbeiter in den Reisebüros ist es, wenn die Kunden bereits während des Urlaubs per WhatsApp Bilder von ihren schönsten Erlebnissen schicken: vom Strand, von den Bergen oder auch von einer Erlebnisreise im Dschungel. Sie vom Reisebüro haben Freude geschenkt; sie haben Träume wahrgemacht.

Dafür arbeiten all die Menschen in den Reisebüros. Und sie arbeiten hart. Die Hauptsaison beginnt im Herbst und zieht sich dann über den Winter, in dem die ganzen Sommerreisen verkauft werden. Die Kunden sitzen für eine Stunde oder zwei Stunden vor ihnen. Sie gehen verschiedene Ziele und verschiedene Angebote durch. Am Ende sind alle ein bisschen geschafft, aber doch glücklich, dass jetzt die perfekte Reise gebucht wurde.

Doch was die Kunden nicht wissen, ist, dass die Reisebüros erst dann das Geld bekommen, wenn die Reise angetreten wurde. Die Kunden denken sich doch: Das war eine wunderbare Beratung. Jetzt leiste ich die Anzahlung, und davon erhält auch das Reisebüro von den Reiseveranstaltern seine Provision.

Doch das ist eben nicht der Fall. Wenige Reiseveranstalter wie TUI überweisen nach einigen Wochen die erste Rate, einen Vorschuss auf die Provision. Die meisten tun dies erst kurz vor Reisebeginn.

So arbeiten die Reisebüros und warten bis zum Sommer auf das Geld – neun Monate lang. Neun Monate stehen diese Reisebüros im Risiko – jedes Jahr aufs Neue.

Bis auf wenige Prozente, wenn Kunden mal krankheitsbedingt oder aus anderen Gründen stornieren, kommt das Geld im darauffolgenden Sommer dann auch. Und dann? Dann kam Corona. Der Staat griff mit Reisewarnungen ein und hat die Reisen damit praktisch verboten. Alle Veranstalter, auch TUI, kündigten die Verträge mit den Reisebüros. Das Ostergeschäft war weg. Das Sommergeschäft ist weg. Die Reisebüros verlieren alle Provisionen und auch alle Anzahlungen der Provisionen.

TUI zieht die Provisionen einfach per Lastschrift wieder ein. Dann bekommen die Reisebüros einen Anruf von der Bank, in dem es heißt: TUI hat gerade 25.000 Euro von Ihrem Konto abgebucht. Wie wollen Sie das, bitte schön, ausgleichen?

Die Reisebüroinhaber überlegen sich jetzt, was sie tun können, um die Raten zu bezahlen. Können sie die Mitarbeiter jetzt in Kurzarbeit schicken? Nein, das können sie nicht; denn die Kunden rufen an. Die Kunden wollen wissen, wie sie ihr Geld zurückbekommen, und stellen verschiedene Fragen. Denn die Kunden haben vorher beispielsweise bei TUI angerufen und hören dort nur eine Bandansage. Auf der Bandansage heißt es, dass sie das Reisebüro anrufen sollen.

Die Reisebüroinhaber rufen auch bei TUI an. Aber was passiert? Sie bekommen dort die gleiche Bandansage; denn alle Direktnummern funktionieren plötzlich nicht mehr.

Deshalb werden die Mitarbeiter auch jetzt gebraucht, obwohl gar kein Neugeschäft da ist, um die alten Verträge rückabzuwickeln. Dafür bekommen die Reisebüros wieder keinen einzigen Cent.

Dann hören die Reisebüroinhaber, dass TUI einen Kredit in Höhe von 1,8 Milliarden Euro bekommt. Mit 1,8 Milliarden Euro hätte man TUI komplett kaufen können. TUI gibt von diesen 1,8 Milliarden Euro nicht einen einzigen Cent an die Reisebüros weiter.

Deshalb gehen die Reisebüroinhaber plötzlich auf Demos. Sie sprechen mit den Politikern. Viele Politiker zeigen auch Verständnis und Betroffenheit. Aber sie haben das Problem nicht erkannt; denn sie handeln gar nicht. Dabei legen die Reisebüros ihnen ganz klar die Probleme dar:

Erstens. Die Reisebüros haben alle Provisionen durch coronabedingte Kündigungen der Reiseverträge verloren.

Zweitens. Die Reisebüros müssen weiterhin ihre Arbeit für die Rückabwicklung der Verträge erbringen und können keine Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken, zumindest nicht vollständig.

Drittens. Es gibt eine große Verunsicherung in der Branche, weil keiner weiß, wie lange die Versicherungssummen halten. Alle haben Angst, dass wie bei Thomas Cook am Ende nicht gezahlt wird.

Viertens. Es ist auch keine Besserung in Sicht. Die Kunden kommen nicht – zum einen, weil sie keinen Urlaub mehr haben. Sie mussten ihn für die Kinderbetreuung nutzen, weil Kitas und Schulen geschlossen hatten. Zum anderen haben die Kunden kein Geld, weil sie in Kurzarbeit waren.

Wir als AfD haben den Menschen zugehört. Wir haben uns die Probleme und auch deren Lösungen erklären lassen. Deshalb haben wir diesen Antrag geschrieben. Wir bieten mit unserem Antrag eine

Lösung für all die Reisebüros und die kleinen Reiseveranstalter. Lassen Sie es nicht zu, dass all die Menschen über fast neun Monate völlig umsonst gearbeitet haben.

Jetzt, Herr Pinkwart – Sie waren ja auf der Demo –, zählen keine warmen Worte. Jetzt zählt Handeln. Helfen Sie den Reisebüros und den Mitarbeitern vor Ort. Diese haben die Kunden fair und gut beraten und haben sich ihre Provision verdient. Sie haben ihre Leistung erbracht. Sorgen Sie jetzt bitte dafür, dass sie auch den gerechten Lohn dafür erhalten, und stimmen Sie für unseren Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Loose. – Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Quik das Wort. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Charlotte Quik (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Coronapandemie bedroht den Alltag der Menschen nach wie vor weltweit. Auch das Reisen und damit natürlich auch die Menschen, die im Tourismus arbeiten, sind schwer getroffen.

Die CDU-Landtagsfraktion weiß um die Bedeutung der Tourismuswirtschaft: Sie sorgt direkt und indirekt für rund 650.000 Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen und ist ein wesentlicher Faktor für die Standortattraktivität des Landes. Gerät sie ins Wanken, zieht sie andere Branchen mit. Das hat gravierende Folgen.

Der Tourismus, die Reisewirtschaft und das Gastgewerbe sind von der derzeitigen Krise besonders hart betroffen. Die NRW-Koalition ist sich dessen absolut bewusst. Wir wissen, dass der Tourismus sich voraussichtlich erst im Jahr 2022 auf das Vorkrisenniveau erholen kann. Das bedeutet einen Umsatzeinbruch von 20 Milliarden Euro für 2020. Bis 2022 werden es sogar 30 Milliarden Euro sein. Teile der Branche, stationäre Vertriebe und damit 66 % der Reisebüros – so der Deutsche Reiseverband –, sehen sich von einer Insolvenz bedroht.

Insofern brauchen wir mehrere Bausteine staatlicher Unterstützungsleistungen. Neben steuerlichen Maßnahmen muss allem voran die Liquiditätssicherung über die staatlichen Förderbanken KfW – hier insbesondere der Schnellkredit – und NRW.BANK sichergestellt werden. Zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen steht ein attraktives Produktportfolio der NRW.BANK zur Verfügung.

Insbesondere für kleinere Unternehmen ist die Kreditaufnahme allerdings nicht das geeignete Instrument. Bund und Land haben deshalb nicht rückzahlbare Zuschüsse ermöglicht. Eine umgehend wirkende Maßnahme war die Soforthilfe, die schnell und

unbürokratisch bei den Unternehmen angekommen ist. Im weiteren Schritt gibt es nun das Folgeprogramm der Überbrückungshilfen als Teil des Konjunkturpakets vom 3. Juni dieses Jahres.

NRW hat sich mit den zehn Impulsen klar für ein Härtefallprogramm ausgesprochen und sich auch im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz für Hilfen für die weiterhin von starken Umsatzausfällen gezeichneten Branchen eingesetzt. Die betroffenen Unternehmen können bis zu 150.000 Euro erhalten. Es gibt keine Größenbegrenzung mehr.

Reisebüros können Provisionen, die Inhaber von Reisebüros den Reiseveranstaltern aufgrund coronabedingter Stornierungen zurückgezahlt haben, als betriebliche Fixkosten geltend machen.

Branchenübergreifend können Personalkosten, die nicht mit dem Kurzarbeitergeld abgedeckt werden können, pauschal angesetzt werden.

Damit sind doch wesentliche Forderungen Ihres Antrags bereits erfüllt worden, sehr geehrte Mitglieder der AfD-Fraktion.

Unser Ziel ist es, die vielen kleinen und mittleren Reisebüros und Reiseveranstalter vor dem wirtschaftlichen Aus zu retten und als Garant für die schönste Zeit des Jahres zu erhalten. Uns steht eine ganze Palette an Instrumenten zur Verfügung, die den Reisebüros zugutekommen können. Bund und Land haben gehandelt. Ihre Behauptungen verfälschen die Tatsachen und sind schlichte Polemik.

Nordrhein-Westfalen hat sich mit anderen Ländern abgestimmt und früh an Konzepten für die Reisebranche gearbeitet. Die Öffnungsperspektive ist hier ein zentraler Punkt. Als eines der ersten Bundesländer hat NRW mit dem Nordrhein-Westfalen-Plan Gastronomie und Hotellerie frühzeitig eine Fortführungsperspektive gegeben. Dennoch bleibt es auch vor dem Hintergrund der zögerlichen Reisebereitschaft bei anhaltend großen Herausforderungen für die Branche.

Allerdings wird das Vertrauen der Kunden in eine qualitativ hochwertige Beratung in den Reisebüros zukünftig ein Pfund an Wettbewerbsvorteil gegenüber anonymen Angeboten sein. Hier wird man vermehrt auf Qualität setzen. Das dürfte der Branche Hoffnung geben.

Die internationale Reisewarnung war notwendig, um Menschen zu schützen. Glauben Sie nicht, dass wir ohne selbige eine Reisetätigkeit wie in Normalzeiten hätten beobachten können! Jetzt, wo es verantwortlich ist, werden Reisewarnungen angepasst oder aufgehoben. Die Pandemie ist aber keinesfalls ausgestanden.

Es ist bedauerlich, sehr geehrte Mitglieder der AfD-Fraktion, dass Ihnen jedes Schicksal recht ist, um es für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren.

(Andreas Keith [AfD]: Ist das billig!)

Sie sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die NRW-Landesregierung lässt niemanden im Regen stehen. Die Reisebranche braucht umfangreiche Unterstützung, die sich an ihren realen Bedürfnissen orientiert. Diese bekommt sie mit der gebotenen Fachkompetenz der Landesregierung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Quik. – Sie haben es gesehen: Der Abgeordnete Loose von der Fraktion der AfD hat eine Kurzintervention angemeldet. Es steht Ihnen natürlich frei, diese entweder hier am Redepult oder an Ihrem Sitzplatz entgegenzunehmen und zu erwidern. – Nun hat Herr Abgeordneter Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Frau Quik, es ist ja noch gar nicht klar, ob die wegfallenden Provisionen tatsächlich als Betriebskosten angesetzt werden können. Das ist im Moment eine Idee – das ist mir auch bekannt –, aber es ist noch in der Diskussion.

Die Summen, die den Reisebüros zur Verfügung stehen, reichen auch nicht aus. Die 150.000 Euro, die Sie genannt haben, sind für größere Betriebe. Kleinere Reisebüros bekommen eine viel geringere Summe, die am Ende nicht einmal einen Anteil dessen ausmacht, was sie tatsächlich im Moment an Kosten und auch an Verlusten haben.

Es ist zwar richtig, dass Sie jetzt einige Reisewarnungen aufheben. Zum Beispiel machen auch viele Hotels – das sagten mir die Reisebüros – in der Türkei alles coronasicher, desinfizieren etc. Aber es wird für die gesamte Türkei eine Reisewarnung ausgesprochen. Damit ist auch das Geschäft kaputt, selbst wenn die Hotels sich bemühen, dort entsprechend für Abhilfe zu sorgen.

Insgesamt ist damit die komplette Branche belastet. Sie sind gar nicht auf das Problem jetzt wegfallender Provisionen eingegangen. Wenn ein größeres Reisebüro 200.000 Euro wegfallende Provisionen hat, dann reichen nicht 20.000 oder 30.000 Euro, die es jetzt als Soforthilfe, ob nun als Kredit oder auch als Zuschuss, bekommt. Das reicht nicht annähernd, um die Kosten der Reisebüros zu decken. – Danke schön.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Quik.

Charlotte Quik (CDU): Vielen Dank, sehr geehrter Herr Loose, für Ihre Anmerkungen. Ich verweise nochmals auf die Ausführungen, die ich vorhin

vorgetragen habe. Die nordrhein-westfälische Landesregierung und die NRW-Koalition haben auch die Sorgen der Reisebranche im Blick und werden das Möglichste tun, um in dieser Ausnahmesituation für Unterstützung zu sorgen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das waren Kurzintervention und Erwidern. – Nun hat als nächste Rednerin für die Fraktion der SPD Frau Kollegin Müller-Witt das Wort.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der AfD zur Situation der Reisebüros spricht unbestreitbar vorhandene existenzbedrohende Probleme einer ganzen Branche an.

Dabei sind es insbesondere die Reisebüros, die sich aufgrund ihrer Sandwichposition zwischen den Reiseanbietern einerseits und den Kunden andererseits momentan in einer kritischen Situation befinden. Während die Reiseanbieter sich sowohl gegenüber den Erbringern der Dienstleistungen, also Airlines, Hoteliers und Weiteren, als auch gegenüber den mit ihnen kooperierenden Reisebüros abgesichert haben, gehen ihre Geschäftspartner oft leer aus.

Bereits vor kompletter Vertragserfüllung entsteht in den Reisebüros ein nachweisbarer Verwaltungsaufwand. Bei Stornierung der Reisen wird dieser nachträglich durch Rückforderung der kompletten Provisionszahlungen nicht im Geringsten honoriert – ein Unding. Die Tätigkeit der Reisebüros geht also vollständig auf eigenes Risiko.

Die Kosten der Reisebüros sind nun zum Teil auch bei den Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung berücksichtigt worden. So ist auch im 130-Milliarden-Euro-Konjunkturpaket ein Teil der Betriebskosten von Reisebüros berücksichtigt worden. Auch mit dem Programm der Überbrückungshilfe soll die Existenz kleiner und mittlerer Unternehmen gesichert werden. Sie erhalten einen nicht rückzahlbaren Betriebskostenzuschuss.

Damit wird aber nur ein Teil der Lasten von den Reisebüros genommen. Die große Summe der Rückforderungen der Provisionszahlungen der Reiseanbieter steht nach wie vor als nicht zu bewältigende Herausforderung im Raum. Hier muss dringend eine Lösung gefunden werden; denn es sind diese Forderungen, die vielen Unternehmen den Garaus zu machen drohen.

Andererseits fordern und erhalten große Reiseanbieter staatliche Unterstützung. Diese Reiseanbieter sichern sich so mehrfach ab: einerseits durch Staatshilfe, andererseits durch Rückabwicklung der Provisionsforderungen.

Deshalb ist ein fairer Ausgleich zwischen Reisebüros und Reiseanbietern dringend erforderlich. So weit wäre gegen den vorliegenden Antrag auch nichts einzuwenden.

Aber Sie wären ja nicht die AfD, wenn Sie nicht versuchen würden, die schwierige Situation der Reisebüros für eigene Zwecke zu nutzen. Sie behaupten, dass die Bürger durch die Coronamaßnahmen der Regierung massiv verunsichert würden. Also besser keine Maßnahmen ergreifen? Corona, und alles laufen lassen? Es ist das Muster, das Sie schon seit Beginn der Pandemie zeigen bzw. nachdem Ihre Umfragewerte sanken und Sie im Kreise der Kritiker des Lockdowns Zuspruch gewinnen wollten.

Selbstverständlich musste und muss eine Regierung informieren, und zwar differenziert nach Ländern und Regionen. Das war auf den entsprechenden Seiten der Behörden und des Auswärtigen Amtes nachzulesen; Sie konnten es überall im Internet nachlesen. Es wurde mitnichten, wie Sie behaupten, bei den Reisebüros abgeladen.

Sie werfen der Regierung weiterhin vor, wegen Reiseempfehlungen oder Reisewarnungen sei es den Reisebüros aktuell kaum möglich, Neugeschäfte zu akquirieren. Das ist schon ein starkes Stück. Es ist die Pflicht einer Regierung, hier entsprechende Warnungen auszusprechen. Im Zweifelsfall geht es immer zuerst um die Gesundheit.

Sie haben in Ihrem Antrag die berechtigten Anliegen der Reisebüros missbraucht, um Ihrer Kritik an der Handhabung der Coronapandemie Nachdruck zu verleihen. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen, obwohl wir der Überzeugung sind, dass den Reisebüros geholfen werden muss und es nicht sein darf, dass große Reiseanbieter sich nach allen Seiten absichern können, während diejenigen, die ihre Produkte an den Kunden bringen sollen, das Nachsehen haben. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Witt. – Sie haben es angezeigt bekommen: Es ist eine Kurzintervention des Abgeordneten Loose von der Fraktion der AfD angemeldet worden. – Bitte sehr, Herr Abgeordneter Loose.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Frau Müller-Witt, Sie haben am Ende doch noch die Kurve gekriegt, wie Sie den AfD-Antrag ablehnen können. Aber wäre es nicht einfacher gewesen, einen Änderungsantrag zu stellen, um die von Ihnen als kritisch bezeichneten Passagen zu streichen?

Ich mache Ihnen auch ein Angebot: Wir können das jetzt gemeinsam machen. Wir stellen hier einen gemeinsamen Antrag der AfD und der SPD. Wir streichen sofort die strittigen Passagen heraus. Es bleibt

bei den Teilen, die mit den Worten „Der Landtag stellt fest“ und „Der Landtag fordert die Landesregierung auf“ beginnen, und wir verzichten komplett auf die ersten Passagen. Dann können wir einen gemeinsamen Antrag schreiben. Oder Sie stellen einen Änderungsantrag. Dann werden wir ihm zustimmen.

Wir haben den Antrag vor zehn Tagen eingereicht, also nicht erst am Ende der Frist, sondern schon vorher. Sie hatten also sehr lange Gelegenheit, eigene Ideen einzubringen, haben das aber nicht gemacht.

Ich gebe Ihnen heute die Gelegenheit dazu. Lassen Sie uns einen gemeinsamen Antrag von SPD und AfD stellen und die strittigen Passagen herausstreichen. – Danke, Frau Müller-Witt.

(Zuruf: Das wär's doch!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Müller-Witt, bitte.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Herr Kollege Loose, wenn wir Sie nicht so gut kennen würden, würden wir natürlich, wie bei anderen Fraktionen auch, über solche Vorschläge nachdenken. Da wir uns aber nicht zuletzt gerade in einer der letzten Debatten Ihre wahre Gesinnung anhören konnten, glauben wir nicht, dass es sinnvoll ist, auf diesen Vorschlag einzugehen. Denn das, was Sie in diesen Antrag hineingeschrieben haben – zum Teil zwischen den Zeilen, zum Teil auch sehr offen –, können wir wahrhaftig nicht mittragen. Wir wollen Ihnen hier auch nicht dabei helfen, das Ganze noch reinzuwaschen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Müller-Witt. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Bombis das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Ralph Bombis (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Dass der Lockdown des öffentlichen Lebens viele Wirtschaftsbranchen an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hat, ist schon vielfach diskutiert worden. Ebenfalls sehr schwer getroffen worden ist die Reisebranche; das ist keine Frage. Dass insbesondere die Reisebüros hier in besonderer Weise leiden, ist auch richtig.

Ich füge hinzu: Diese NRW-Koalition – Minister Pinkwart, aber auch viele Kollegen meiner Fraktion, allen voran Rainer Matheisen – ist auf vielen Demonstrationen der entsprechenden Akteure gewesen. Wir begegnen dem Problem, indem wir Maßnahmen ergreifen, statt Schaufensteranträge zu stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Die Krise der Reisebranche war zunächst insgesamt eine Krise der Unmöglichkeit des Geschäftsbetriebs. Mittlerweile ist sie auch zu einer Krise des Vertrauens geworden. Viele Beschränkungen sind inzwischen zwar weggefallen, und die innereuropäischen Grenzen sind wieder offen. Aber der große Urlaubsenthusiasmus bleibt bisher aus.

Die Kunden müssen natürlich das Vertrauen wiederfinden, sorgenfrei in den Urlaub fahren zu können. Dazu gehört auch – das gehört zur Wahrheit dazu –, darauf vertrauen zu können, dass sie im Falle einer Stornierung ihr Geld zurückbekommen.

Die Zahlungsströme innerhalb der Branche sind eng vernetzt. Kunden zahlen an Reiseveranstalter. Diese bezahlen davon Hotels, Airlines, Dienstleister und die Provision der Reisebüros. Sobald in dieser Zahlungskette ein Akteur ausfällt, sobald es irgendwo hakt oder jemand das Geld zurückverlangt, bekommt die ganze Kette Probleme.

Insbesondere für die kleinen und mittelständischen Betriebe, insbesondere für die Reisebüros, bedeutet das eine große Schwierigkeit.

Wir wollen ausdrücklich unverschuldete Insolvenzen solcher eigentlich gesunden und sehr leistungsfähigen Reisebüros, die immer wieder – übrigens auch gerade jetzt in Bezug auf die Stornierung von Reisen – große Dienstleistungen für die Kunden erbracht haben, unbedingt verhindern. Das liegt im Interesse aller Beteiligten und garantiert einen gesunden und vor allen Dingen mittelständischen Tourismus.

(Beifall von der FDP und Matthias Kerkhoff [CDU])

Wir brauchen solidarische Lösungen, die die Interessen der Reisenden und der Reisebüros vereinen. Dafür müssen wir das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Branche absichern, damit Zahlungsströme erhalten bleiben und sich die Reisewirtschaft insgesamt aus eigener Kraft wieder erholen kann.

Das Fundament dafür ist gelegt worden. Maßgeblich auch durch das besondere Engagement des Landes NRW und des Wirtschaftsministers hat der Bund letzte Woche neue Überbrückungshilfen für kleine und mittelständische Unternehmen beschlossen. Diese Hilfen richten sich auch explizit an die Reisewirtschaft und an die Reisebüros.

Erstattet werden bis zu 80 % der fixen Betriebskosten. Fehlende Provisionen werden diesen Fixkosten zugerechnet, Herr Loose. Was Sie in Ihrer ersten Kurzintervention gesagt haben, ist nicht korrekt.

Es sind also Überbrückungshilfen vorgesehen. Lebenshaltungskosten werden vom Land zusätzlich mit übernommen. Personalkosten sollen für die Reisebüros bei den entsprechenden Hilfen anrechenbar sein.

Des Weiteren wird es auf Bundesebene eine neue Insolvenzregelung für Reiseveranstalter geben. Die Insolvenz von Reiseveranstaltern soll mit einem neuen Fonds abgesichert werden, der von diesen gemeinsam angezahlt wird. So werden die Reisenden und auch die Reisebüros im Falle einer Insolvenz von Reiseveranstaltern besser abgesichert.

Die FDP-Bundestagsfraktion – auch das gehört zur Vollständigkeit dazu – hat zudem zuletzt einen Antrag auf Öffnung des Coronafonds für Reisebüros gestellt.

Meiner Meinung nach ist es wichtig, dass wir festhalten – und nicht durch irgendwelche hier von Ihnen gestellten populistischen Anträge –, dass geholfen wird. Wir befinden uns in einer außerordentlich schwierigen Lage. Es ist wichtig – das sehen diese NRW-Koalition und diese Regierung –, dass auch die kleinen Reisebüros Anspruch auf solche Hilfen haben, damit wir eine gesunde Tourismuswirtschaft erhalten können.

Dafür ist es aber auch wichtig, dass wir in die Zukunft blicken. Hier sage ich insbesondere in Richtung der Kollegen der AfD-Fraktion: Es ist wichtig, die Freiheit weiterhin als Regel und nicht als Ausnahme zu haben. Wir als Land NRW wollen den heimischen Tourismus anregen. Wir unterstützen die auch nach innen gerichtete Tourisuskampagne mit Landesmitteln. Es ist aber auch wichtig, ein offenes Land zu bleiben, damit unsere touristischen Betriebe wettbewerbsfähig bleiben – nicht nur über das Sonderprogramm, das eine digitale Infrastruktur unterstützt. Vielmehr brauchen wir, damit weiterhin Menschen zu uns kommen, auch offene Grenzen, Weltoffenheit und eine Willkommenskultur, die Sie sicherlich nicht verstehen können.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich sage in Ihre Richtung: Die in dem vorliegenden Antrag erhobenen Forderungen waren schon zum Zeitpunkt seiner Einreichung überholt. Wenn Sie uns und der Reisebranche einen Gefallen tun wollen, dann machen Sie doch einfach einmal sehr, sehr lange Urlaub, liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. Sie haben es gesehen: Es ist eine Kurzintervention, und zwar erneut von Herrn Abgeordneten Loose von der Fraktion der AfD, angemeldet worden. Es steht Ihnen frei, wo Sie diese entgegennehmen und erwidern. – Herr Loose hat jetzt das Wort. Bitte sehr.

Christian Loose (AfD): Frau Präsidentin! Herr Bombis, ich habe gesehen, dass Herr Matheisen bei den

Demos war. Wir waren nämlich auch dabei. Auch Herr Minister hat ja dort gesprochen. Allerdings kam vom Minister außer warmen Worten nichts.

Die Reisebüros haben gefragt: Stellen Sie einen Antrag? Machen Sie etwas? – Von Herrn Minister kam da leider nichts. Deswegen haben die Reisebüromitarbeiter und -inhaber mit uns gesprochen. Unseren Antrag haben wir natürlich auch in Absprache mit verschiedenen Reisebüros gestellt.

Die Reisebüros sagen selbst, dass das, was die Regierung macht, nicht ausreichend ist, um ihre Kosten zu decken; denn die Zuschüsse sind auch nur zeitlich begrenzt und in der Summe in keiner Weise ausreichend für mittelgroße Reisebüros mit vielleicht acht Mitarbeitern. Dort werden dann nämlich nicht die 150.000 Euro, sondern viel geringere Beträge gezahlt.

Ich finde es aber schon einmal gut, dass Sie sich der Reisebranche angenommen haben. Ich hoffe, dass dabei auch etwas herkommt und dass es gegenüber dem, was da bisher beschlossen worden ist, deutlich erweitert wird. Das ist nämlich sicherlich nicht ausreichend, um die Insolvenzen von Reisebüros zu verhindern. Es gibt im Moment schon zahlreiche Reisebüros, die Insolvenz angemeldet haben oder kurz davor stehen, Insolvenz anzumelden. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Herr Loose, erstens können Sie sich ganz sicher sein, dass wir dieser schwierigen Situation entsprechend begegnen und wirklich flächendeckend und insbesondere auch der betroffenen Reisebranche und den Reisebüros helfen wollen.

Zweitens können Sie sich sicher sein, dass wir ebenfalls mit den entsprechenden Akteuren im Austausch stehen. Auch wenn wir nicht so populistische Anträge schreiben wie Sie, erhalten wir durchaus das Feedback, dass die Unterstützung wirkt und hilfreich ist. Man kann sich immer mehr vorstellen. Entscheidend ist aber, dass man punktgenau hilft und die richtigen Überbrückungshilfen zur Verfügung stellt oder sie flankiert, soweit sie vom Bund zur Verfügung gestellt worden sind.

Drittens. Der Minister kann gleich sicherlich besser für sich selber reden. Eines kann ich Ihnen aber aus eigener Erfahrung und der Zusammenarbeit heraus sagen: Angesichts der Intensität, mit der Wirtschaftsminister Pinkwart für jede einzelne Branche arbeitet und mit der er in Berlin die Interessen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft wahrnimmt, braucht er sich nicht vor Ihnen zu rechtfertigen. Er hat damit die Unterstützung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft.

Diese ist um ein Vielfaches wertvoller als Ihre Anträge. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Bombis. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Becker das Wort.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Reaktionen auf die Tatenlosigkeit der Bundesregierung und der Landesregierung in diesem Bereich brechen sich in Demonstrationen und Zuschriften Bahn. Diese Zuschriften und Demonstrationen sind berechtigt – das ist unsere Auffassung. Die Debatte ist aber nicht wirklich neu.

Wir von den Grünen haben Anfang April einen Antrag für einen Rettungsschirm unter anderem für diese Branche gestellt. Der ist von den Koalitionsfraktionen seinerzeit interessanterweise mit dem Hinweis abgelehnt worden, dass sie darauf warten wollten, was aus Berlin komme. – Aus Berlin ist ein Paket gekommen. Es ist ein großes Paket, aber die angekündigten Überbrückungshilfen reichen für diese Branchen hinten und vorne nicht. Das ist eigentlich eine klare Angelegenheit.

Herr Bombis, wenn Sie immer wieder sagen, Sie wollten helfen, ist schon die Frage berechtigt, wie diese Hilfe tatsächlich aussieht, denn allein die Reisebüros sprechen von Umsatzverlusten von rund 20 Milliarden Euro. – Und das ist nur der Stand bis heute. Wir haben die Krise für den Tourismus und für die Reisebüros ja noch längst nicht überwunden.

Hinzu kommen Gastronomie, Hotellerie, Veranstaltungsgewerbe, Messebau, Diskotheken, Marktbetreiber, Schausteller, Musiker, Schauspieler usw. Bis heute wartet also diese gesamte saisonabhängige Branche im Dienstleistungssektor darauf, Gehör zu finden.

Ich verweise auch auf die Diskussionen, die wir unter anderem im Wirtschaftsausschuss gehabt haben. Herr Rehbaum als wirtschaftspolitischer Sprecher betont immer wieder, dass er als Reisebusunternehmer wisse, worüber er rede. – Es ist allerdings nicht zu spüren, dass es mit dem Wissen so weit geht, dass irgendwo tatsächlich eine wirkungsvolle Maßnahme durchdringt.

Herr Bombis, wenn Sie stetig wiederholen, die NRW-Koalition wolle, dann kann ich nur sagen, dass NRW in diesem Fall offensichtlich für „Nicht Richtig Wollen“ steht, weil Sie bis jetzt nicht geliefert haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Heiterkeit und Zuvoruf von Ralph Bombis [FDP])

Ich möchte kurz zum vorliegenden Antrag der AfD kommen. Es ist das bekannte Muster: Die AfD versucht wieder einmal, auf einen fahrenden Zug aufzuspringen. In der Substanz hat die AfD, außer populistischen Vereinfachungen, nichts zu bieten. Handwerklich ist das, was Sie anbieten, unterirdisch.

Zunächst wollen Sie, dass sämtliche Reisebüros ihre vertraglichen Betriebsgeheimnisse offenlegen – um nichts anderes handelt es sich nämlich, wenn es um die Provision geht, die die Reisebüros von den Veranstaltern bekommen.

Dann wollen Sie an diese Provision die Unterstützung binden, das heißt, darauf fußend berechnen. Das hat zum Ergebnis, dass der Staat diejenigen, die am Markt aufgrund einer besseren Verhandlungsposition ohnehin im Vorteil sind, zusätzlich bevorteilt.

Das Allerschönste ist: Im Gegenzug für diese marktverzerrenden Hilfen wollen Sie dann auch noch, dass die Reisebüros sich verpflichten, Kurzarbeit zu beantragen und die Arbeiten an dieser Stelle ganz einzustellen.

Spätestens hier wird klar, dass Sie am Ende nicht zuhören, denn die Reisebüros sind nicht unterbeschäftigt. Sie können keine Kurzarbeit beantragen, sie sind nämlich mit Stornierungen und dem eigenen Überleben beschäftigt.

In diesem Zusammenhang würde ich gerne darauf verweisen, dass im Wirtschaftsausschuss bei den Anhörungen zu Fragen des Tourismus vonseiten Tourismus NRW und DEHOGA die Hinweise kamen, dass die beste Förderung, die Sie für den Tourismus in NRW bieten könnten, wäre, das fremdenfeindliche Gerede in diesem Land zu beenden, denn das halte Menschen davon ab, zu uns nach NRW zu kommen. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Becker, Sie haben angezeigt bekommen, dass erneut eine Kurzintervention der AfD-Fraktion durch Herrn Abgeordneten Loose angemeldet worden ist. – Erneut 90 Sekunden Redezeit; Herr Abgeordneter Loose, Ihre Kurzintervention.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Ich muss einhaken, weil Herr Becker anscheinend eine Passage nicht verstanden hat. Wir erstellen nämlich keine populistischen Schauanträge, sondern wir durchdenken das ganze System.

(Lachen – Zuruf: Das ist neu!)

Deshalb haben wir natürlich an einer Stelle darauf abgestellt, dass die Reisebüros nicht die halbe Familie anstellen und daraufhin 80 % ihrer Betriebskosten erstattet bekommen. Stattdessen müssten sie natür-

lich auf das notwendige Niveau gemessen an dem, was jetzt noch an Arbeit da ist, herunter. Als Basis gilt April und Mai.

Wir haben das übrigens mit den Reisebüros abgesprochen, die sich sofort einig waren und gesagt haben: Ja, klar, sonst stellen einige Cousinen, Cousins, Opas etc. ein. Dann werden alle angestellt, und dann gibt es darauf 80 % Betriebskosten erstattet.

Deshalb gibt es diese Passage; Schadensminderungspflicht nennt man das im juristischen Bereich. Das haben wir eingefügt, weil wir einen sachlich korrekten Antrag einbringen wollten und nicht irgendeinen populistischen Blödsinn, wie es sonst die Grünen gerne machen. Wir sind sachorientiert herangegangen und haben das, was wir beantragen, mit den Reisebüros entsprechend abgestimmt. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Abgeordneter Becker, Sie haben das Wort zur Erwiderung. Wenn Sie sich einmal kurz eindrücken könnten, kann ich Ihnen das Mikro freischalten. – Bitte sehr, Herr Abgeordneter Becker.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Schönen Dank. – Sie haben an einer Stelle recht: Wir haben kein gemeinsames Verständnis. – Das stimmt, und das bleibt wahrscheinlich auch weiterhin so.

Ansonsten bleibe ich dabei, dass es aus den Gründen, die ich genannt habe, absoluter Unsinn ist, das an die Provision zu binden.

Im Übrigen möchte ich die Redezeit von Ihnen nicht immer wieder dadurch verlängern, dass ich auf Ihre Kurzinterventionen lange erwidere.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das waren Kurzintervention und Erwiderung. – Es hat nun als nächster Redner für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Viele Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland können coronabedingt nach wie vor noch nicht die Umsätze tätigen, wie das in den Vorjahren der Fall war. Das gilt für einzelne Branchen ganz besonders verschärft. Dazu gehören die hier angesprochenen Reisebüros und Reiseveranstalter, aber dazu gehören auch das Messegewerbe, die Schausteller und viele mehr.

Sie wissen das, wir wissen das. Deswegen sind wir hier auch unmittelbar tätig geworden. Ihren Beitrag, Herr Becker, verstehe ich daher überhaupt nicht. Wir haben in Nordrhein-Westfalen sofort gehandelt. Dafür möchte ich mich beim Innenminister, bei den Bezirksregierungen, beim Finanzminister und auch bei Ihnen bedanken, weil Sie mit dem Haushalt den Weg dafür freigemacht haben, dass wir die Soforthilfe an den Start bringen konnten.

Der Ministerpräsident hat es heute früh gesagt: 435.000 Unternehmern und Unternehmerinnen konnte sehr schnell geholfen werden, auch den Reisebüros und den Reiseveranstaltern. Bei der Demonstration haben sie zu mir gesagt: Danke, das war wichtig. Das reicht noch nicht, aber es war wichtig. – Das muss man hier auch mal sagen können. Sie haben es mit ermöglicht. Vielen Dank, auch im Namen der Landesregierung, dass Sie als Parlament das möglich gemacht haben.

(Beifall von der FDP)

Ähnliches tun wir jetzt im nächsten Schritt – das ist auch heute Morgen vorgestellt worden –: Bei der Überbrückungshilfe geht es um 25 Milliarden Euro, die der Bund bereitstellt.

Das heißt, wir werden in den nächsten Wochen näherungsweise – wie jetzt – über 4, vielleicht 5 Milliarden in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung haben. Das wird uns in den Bezirksregierungen, bei IT.NRW und bei allen anderen, die das mit unterstützen, riesig herausfordern, damit wir das Geld erneut sehr verantwortungsvoll und schnell herausgeben können, um insbesondere jenen zu helfen, die es in der Krise besonders schwer haben. Dazu gehören eben die Reisebüros, die Reiseveranstalter, die anderen, die ich eben genannt habe, und weitere.

Und es wird jetzt noch mehr Handlungsspielräume geben. Das ist auch gut und richtig so. Wir werden über höhere Beträge reden. Wir reden über bis zu 50.000 Euro im Monat Unterstützung für einen Betrieb. Wir reden über unterschiedliche Größenordnungen. Wir haben mit einem eigenen Landesprogramm geholfen, damit Betriebe mit mehr als zehn Mitarbeitern in der Soforthilfe gefördert werden. Jetzt wird das Programm auch Betriebe mit mehr als 249 Mitarbeitern unterstützen können. Wir haben also eine ganz andere Bandbreite.

Länder und Bund haben sich in der Wirtschaftskonferenz in den letzten Wochen intensiv ausgetauscht, wie so etwas organisiert werden kann, wie wir insbesondere die Reisebüros und ihre Spezifika dabei berücksichtigen können, weil die Situation zum Teil anders ist als in anderen Branchen, da die Mitarbeiter eben nicht sämtlich in Kurzarbeit gehen können, weil sie die Stornierungen bearbeiten müssen. Das heißt, die Reisebüros sind auf Mitarbeiter angewiesen, haben Personalaufwand, können aber keine Umsätze generieren, sondern verlieren sogar Provi-

sioneinnahmen aus der Vergangenheit, die sie voll eingeplant hatten.

Deswegen haben wir entschieden, dass bei der Überbrückungshilfe auch Personalkosten anteilig müssen berücksichtigt werden können, dass zum Beispiel auch Stornierungsaufwand mit berücksichtigt werden kann und vieles mehr. Wir sind gerade in der Schlussphase der Umsetzung dieser Bund-Länder-Vereinbarung und arbeiten jetzt daran, wie wir das in ein einfach zu handhabendes, aber auch tragfähiges, komplett digitales, medienbruchsfreies Antragsverfahren überführen können. Ich bin ganz sicher, dass sich die Reisebüros dort wiederfinden werden.

Der Kollege Becker hat die Busunternehmen angesprochen. Die haben hier auch zu Recht demonstriert. Wir, der Kollege Rehbaum und andere, haben uns mit denen ausgetauscht und sie informiert, dass wir ihnen zum Beispiel mit diesem Programm, aber auch helfen, indem wir versuchen, wo immer realisierbar verantwortungsvoll so früh wie möglich die unternehmerische Tätigkeit wieder zu erlauben.

Sie sind es doch, die die Landesregierung kritisieren, dass wir das zu früh tun würden. Wir tun es verantwortungsvoll wo immer möglich so, dass die Menschen aus eigener Kraft wieder ihre wirtschaftliche Existenz sichern können. Dafür werden wir von Ihnen kritisiert, Herr Kollege Becker. Für Ihre Betrachtung müssen Sie sich einmal rechtfertigen.

(Beifall von der FDP)

Also, Hilfe, wo Hilfe notwendig ist, aber Hilfe dort, wo Hilfe zur Selbsthilfe geboten ist, damit die Unternehmen wieder ans Arbeiten kommen.

Das gilt auch für das Hotel- und Gaststättengewerbe, wo wir auch versucht haben, so früh wie möglich verantwortungsvoll an den Start zu gehen, und Herr Kollege Laumann sehr umsichtig die Regelung getroffen hat, dass man sowohl den Infektionsschutz sicherstellen und trotzdem die Außengastronomie mit Maß und Mitte öffnen kann, damit die Menschen aus eigener Kraft ihre Umsätze generieren können.

Das alles gehört zusammen. Es ist in der Debatte heute Morgen ein bisschen untergegangen, dass wir hier immer wieder versuchen, in der Balance Wege zu finden, um die große Zahl der Betriebe mitzunehmen.

Wir werden in den nächsten Wochen eine Konjunkturprognose bekommen. Ich höre, dass Nordrhein-Westfalen im Bundesländervergleich bisher nicht so schlecht weggekommen ist.

Das hat vielleicht auch etwas damit zu tun, dass wir versuchen, einen pragmatischen Weg zu gehen, mit den Menschen zu reden, finanziell zu helfen, Liquiditätshilfen, Zuschüsse zu gewähren und ihnen wo immer möglich die wirtschaftliche Freiheit zu geben, damit sie aus eigener Verantwortung handeln können.

Ich glaube, das ist der beste Weg für unser Land. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Der guten Ordnung halber weise ich darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 47 Sekunden überzogen hat. Vor dem Hintergrund hat Herr Abgeordneter Loose für die Fraktion der AfD das Wort für 37 Sekunden.

Christian Loose (AfD): Frau Präsidentin! Herr Minister, Herr Bombis, bei bis zu zehn Mitarbeitern soll es 33.750 Euro geben. Reicht das aus Ihrer Sicht aus? 150.000 war die von Herrn Bombis genannte Summe. Das gilt für die Unternehmen mit mehr als zehn Mitarbeitern. Aber reichen die 33.750 Euro, wovon auch die Provision und die Betriebskosten mit abgedeckt werden sollen, aus Ihrer Sicht aus, Herr Pinkwart? Würden sie dazu bitte noch eine Antwort geben. – Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Wenn die Landesregierung das Wort wünscht, dann hat sie das natürlich.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ja, klar. – Herr Abgeordneter Loose, Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass es sich, wenn Ihr Beispiel zutreffend wäre, um einen reinen Zuschuss handelt. Wir reden hier nicht von einer Liquiditätshilfe, die zurückgezahlt wird. Es ist ein reiner Zuschuss. Darüber hinaus stehen vielfältige Hilfen für diese Betriebe zur Verfügung. Wir haben bei der landeseigenen Bürgschaftsbank einen zu 100 % vom Land verbürgten Liquiditätskredit zusätzlich bereitgestellt – neben vielen anderen Maßnahmen.

Das heißt, wir reden in Ihrem Beispiel von einem verlorenen Zuschuss in einer sehr erheblichen Höhe für einen Betrieb dieser Größenordnung. Ich wäre dankbar, wenn wir den Reisebüros in der Größenordnung möglichst bald Hilfestellung geben könnten. Es wäre eine deutliche Entlastung. Das muss ich hier einmal selbstbewusst zum Ausdruck bringen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Ich sehe trotz der erneuten oder erweiterten Redezeitüberziehung keine weiteren Wortmeldungen. Dann sind wir am Schluss der Aussprache zum Tagesordnungspunkt 6.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der AfD hat direkte Abstimmung zu dem Antrag Drucksache 17/9788 beantragt, sodass ich nun über den Inhalt des selbigen Antrags abstimmen lasse. Ich frage, wer dem Antrag zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der AfD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der SPD, der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Dann stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/9788 abgelehnt** wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit bei Tagesordnungspunkt

7 Fragestunde

Drucksache 17/9884

Hier gibt es die Mündlichen Anfragen 74, 75 und 76.

Zur Mündlichen Anfrage 74 des Abgeordneten Wolf von der Fraktion SPD ist uns mitgeteilt worden, dass auf eine mündliche Beantwortung verzichtet wird und schriftlich beantwortet wird. Insofern brauchen wir das Thema, welche Aufgaben die Firma DTHS vertragsmäßig im Einzelnen für die Weiterentwicklung und Betreuung von ViVA übernimmt, nicht aufzurufen. Die Landesregierung darf diese Mündliche Anfrage schriftlich beantworten.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 75

der Abgeordneten Lisa-Kristin Kapteinat von der Fraktion der SPD auf: „Auf welche Erkenntnisse hat der Ministerpräsident seine Äußerung gestützt?“

Herr Reul, weil ich Sie gerade hier sehe. Es tut uns sicherlich allen miteinander sehr leid.

(Herbert Reul, Minister des Innern: Ich war überrascht und enttäuscht. Ich hab mir viel Arbeit gemacht.)

– Die Enttäuschung war Ihnen deutlich anzumerken. Ich ahne mal, Sie werden bilateral mit dem Kollegen Wolf mit Blick auf die Enttäuschung entsprechende Entschädigungsverhandlungen aufnehmen.

(Michael Hübner [SPD]: Herr Wolf hat Ihre Telefonnummer!)

Jetzt sind wir aber bei der Mündlichen Anfrage 75 der Kollegin Kapteinat. Das Thema habe ich schon genannt.

Ich darf darauf hinweisen, dass die Landesregierung auch hier, wie das bei Fragestunden so üblich ist, in eigener Verantwortung entscheidet, welches Mitglied der Landesregierung eine Mündliche Anfrage im Plenum beantwortet. Die Landesregierung hat ange-